

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Erscheinungsweise: einmal im Quartal.  
07/2015 41. Jahrgang 1,20 EUR

# BERLINER RUNDSCHAU



85% der Berliner  
sagen JA zu Noten



Im Interview: CDU-Chef  
Frank Henkel zu  
Flüchtlingsfragen

Seite 4-5

# So lernt die Welt

Das Wort Lehrer entstammt dem althochdeutschen Begriff „lêrâri“ und bedeutet: „Einer, der durch Nachspüren Wissen macht.“

Der jüngste Vollzeitstudent Deutschlands wird ab dem Wintersemester 2015/16 der 14-jährige Conrad Lempert sein. Sein Abitur bestand er 2015 mit einem Notendurchschnitt von 1,2.

Der weltweit jüngste Student, March Tian Boedihardjo, kam aus Hongkong und war bei Beginn des Studiums im Jahr 2007 gerade einmal neun Jahre alt.

Die größte Schule der Welt ist die „City Montessori School“ im indischen Lucknow - mit über 47.000 Schülern, 2.500 Lehrern und 2.000 Klassenzimmern.

China hat mit der „Gaokao“ die härteste Abschlussprüfung der Welt; die Prüflinge sollen bei der zweitägigen Prüfung nicht gestört werden, so dürfen etwa in Peking Krankenwagen ihre Sirenen nicht benutzen.

Peter Ustinov sagte über das englische Schulsystem, es sei „eines der besten der Welt, wenn man es überlebt!“.

13 Wochen Sommerferien gibt es etwa in Italien, Estland und Litauen; in Portugal, Malta und Rumänien ist es eine Woche weniger.



## Graf will Betreuungslücke zwischen Kita und Grundschule schließen

CDU-Fraktionschef Florian Graf will die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern. „Ich will die Betreuungslücke zwischen dem Ende der Kita-Zeit und dem Beginn des ersten Schuljahres schließen“, sagte Graf. „In Zukunft muss das letzte Kita-Jahr nahtlos an den Einschulungstermin anknüpfen.“ Im kommenden Jahr beispielsweise endet das Kita-Jahr im Juli, die Einschulung der ABC-Schützen erfolgt aber erst Anfang September. „Da haben die Familien ein Betreuungsproblem“, so Graf. Zwar bestehe die Möglichkeit, das Kind bereits im Grundschulort betreuen zu lassen. „Doch in dieser ungewohnten Umgebung erscheint mir das über mehrere Wochen kaum praktikabel“, so Graf. „Zumal nicht immer auch der Hort der künftigen Schule zuständig ist.“ Graf will mit der CDU-Fraktion jetzt einen entsprechenden Antrag einbringen.



Graf bekannte sich auch klar dazu, dass die letzten drei Kita-Jahre gebührenfrei bleiben und sprach sich zudem für den weiteren Ausbau von Kita-Plätzen aus: „Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein ganz wichtiger Standortfaktor für Berlin.“

Bei der Früheinschulung zeigte sich Graf zufrieden, dass Ruhe in die Schulen gekommen sei. „Mit der Flexibilisierung der Früheinschulung haben wir einen großartigen Erfolg für die Eltern und Schulkinder erzielt.“ Ab dem Schuljahr 2017/18 gilt die Schulpflicht nur noch für Kinder, die bis zum 30. September eines Jahres das 6. Lebensjahr vollenden werden. Kinder, die bis Ende März des folgenden

Jahres 6 Jahre alt werden, können eingeschult werden. „Es machte doch pädagogisch auch gar keinen Sinn, den Kindern immer zu sagen: Du bist noch nicht so weit, Dich stellen wir zurück“, so Graf. „Sinnvoller ist es doch, dem Kind zu sagen: Du bist schon so weit.“ Und bislang musste bei Bedarf für Kinder eines Jahrgangs beim Schulamt eine Rückstellung von der Schulpflicht beantragt werden. Dies geht nun ohne großen Aufwand. Graf betonte, dass die Bezirke auch bei der diesjährigen Einschulung bereits bei Rückstellungen weitgehend dem Elternwillen gefolgt seien.

„Gar nicht zufrieden sind wir mit der Situation an den Grundschulen“, sagte Graf mit Blick auf die derzeitige Anzahl eingestellter Hausmeisterassistenten. Denn an den Schulen sollten schon vor gut einem Jahr 200 Hausmeister-Assistenten zum Einsatz kommen, finanziert vom Förderprogramm „Berlin Arbeit“ des Jobcenters. „Nach Übergriffen an Berliner Grundschulen haben wir bereits vor drei Jahren beschlossen, diese Hausmeisterassistenten flächendeckend an allen Grundschulen einrichten zu wollen“, so Graf. Diese sollten für mehr Sicherheit an den Schulen sorgen, vor allem schulfremde Personen ansprechen. Doch bisher sind nur einige dieser Stellen in drei Bezirken besetzt – auch weil die Senatsverwaltungen für Schule und Arbeit ein Jahr lang über Verträge und Bezahlung dieser Hausmeisterassistenten berieten. „Wir finden es sehr bedauerlich, dass hier nicht alle an einem Strang gezogen haben“, sagte Graf. Mittel, die zur Verfügung standen, hätten viel früher abgerufen werden können.

Angesichts der günstigen Steuereinnahmen sieht Graf gute Chancen, auch im kommenden Jahr ein SIWA-Programm für Schulbauten und notwendige Sanierungsarbeiten aufzulegen. „Wir haben noch viel vor, aber warten wir die Steuerschätzung im November ab.“ Weiter setzt sich Graf für die Verbeamtung von Lehrern ein. „Wir müssen im bundesweiten Wettbewerb um Lehrer konkurrenzfähig bleiben.“

*Liebe Leserrinnen,  
Liebe Leser,*

Berlins Bildungsangebot ist im Ländervergleich des Instituts der Deutschen Wirtschaft wieder einmal trauriges Schlusslicht. Ich kann gut nachvollziehen, dass die schlechten Ergebnisse gleich zu Schuljahresbe-



### AUF EIN WORT

ginn viele Eltern und Großeltern nachhaltig verunsichern.

Die Menschen in unserer Stadt haben mit linken Bildungsabenteuern auf dem Rücken unserer Kinder nichts am Hut. Wir brauchen in Berlin endlich eine ideologiefreie Bildungspolitik, die die Kinder, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer mit ihren Bedürfnissen in den Mittelpunkt stellt. Nicht fragwürdige Bildungsexperimente wie zum Beispiel Zeugnisse ohne Noten sind das Gebot der Stunde, sondern kleinere Klassengrößen, mehr Personal und eine ordentliche bauliche Substanz. Es ist wichtig, dass unsere Kinder gerne lernen und bestens auf ihren weiteren Lebensweg vorbereitet werden.

Alle Autofahrer bitte ich gerade in den ersten Wochen des neuen Schuljahres um besondere Achtsamkeit im Straßenverkehr, damit unsere Kleinsten sicher in der Schule ankommen. Den vielen ABC-Schützen wünsche ich einen schönen Schulstart und viel Freude am Lernen.

Mit herzlichen Grüßen

*Kai Wegner*

Kai Wegner MdB  
Generalsekretär der CDU Berlin



# „Es kann nicht sein, dass die Last einseitig von wenigen europäischen Ländern getragen wird.“

Herzergreifende Bilder von flüchtenden und bei der Flucht gestorbenen Menschen bewegen seit Wochen und Monaten die Menschen. Abertausende kommen nach Deutschland und begehren Asyl. Ihre Unterbringung ist die derzeit größte Herausforderung der deutschen Politik.

Die Berliner Rundschau sprach dazu mit dem CDU-Landesvorsitzenden, Bürgermeister und Innensenator Frank Henkel:

***Bis zu tausend Flüchtlinge kommen derzeit täglich nach Berlin. Kann Berlin den Ansturm bewältigen?***

Wir stehen vor einer großen Herausforderung. Täglich erreichen Berlin Busse und Züge mit Menschen, die Zuflucht vor Krieg und Verfolgung suchen. Diesen Menschen wollen wir helfen, das ist unsere christliche Pflicht. Als erste Maßnahme um ihnen zu helfen ist ein Dach über dem Kopf nötig, hier haben wir unkompliziert gehandelt. Etwa mit den Zelten auf dem Gelände der Schmidt-Knobelsdorf-Kaserne in Spandau. Der Senat hat zur Bewältigung dieser großen Aufgabe einen Koordinierungsstab ins Leben gerufen. Klar ist aber auch, dass wir diejenigen, die lediglich aus wirtschaftlicher Not und nicht aus Angst um ihr Leben zu uns kommen, schneller zurückweisen müssen. Es gibt einen grundsätzlichen Unterschied zwischen denen, die vor Krieg und Verfolgung geflohen sind, und denen, die aus sicheren Herkunftsländern kommen.

***Erleben Sie die Berliner gegenüber Flüchtlingen hilfsbereit oder eher skeptisch?***

Die Bevölkerung ist gegenüber Kriegsflüchtlingen aus einer zerstörten Heimat sehr hilfsbereit. Ich bin überwältigt von der Hilfsbereitschaft der Menschen. Täglich kommen große Mengen gespendeter Hilfsgüter von Kleidung bis zu Kuscheltieren für die Kinder bei den Sammelstellen an. Das festigt auch international den guten Ruf, den Deutschland genießt. Insbesondere die Mitglieder unserer Hilfsorganisationen sowie die Angehörigen der Feuerwehren und Polizei leisten in diesen Tagen sensationelle Arbeit. Ohne die freiwilligen Helfer wäre etwa der Aufbau der 70 Zelte mit je zehn Betten in Spandau nicht so schnell möglich gewesen. Auch viele Firmen zeigen sich äußerst spendabel bei den Hilfsaktionen.

***Tut die Bundesregierung genug?***

Deutschland tut gerade im europäischen Vergleich eine Menge. Auch die Ergebnisse des Koalitionsgipfels zur Flüchtlingspolitik lassen sich sehen, sie sind ein

ausgewogenes Paket. Der Bund bessert finanziell nach, um Kommunen und Länder bei der Unterbringung der Flüchtlinge zu entlasten, das ist sehr gut. Ich begrüße auch, dass weitere Westbalkan-Länder zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden sollen. Die CDU Berlin hat das schon lange gefordert. Die Verfahren können damit schneller abgeschlossen werden, wodurch Kapazitäten wieder frei werden. Das setzt langfristig Wohnraum und Personal bei unseren Behörden frei, um den wirklich Hilfsbedürftigen zu helfen. Die überwältigende Zahl der Asylbewerber aus diesen Ländern kommt aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland. Die Anerkennungsquote liegt nur knapp über null Prozent. Eins bleibt mir allerdings wichtig, in der EU muss auf eine faire Verteilung von Flüchtlingen gepocht werden. Wir brauchen einen Verteilungsschlüssel wie nach dem Vorbild des Königsteiner Schlüssels. Es kann nicht sein, dass die Last einseitig von wenigen europäischen Ländern getragen wird. Wir Deutsche sind 16 Prozent der EU-Bevölkerung und können nicht 43 Prozent der zu uns kommenden Menschen aufnehmen.

***Wenn mehr Asylbewerber zu uns kommen, werden dann auch mehr zurück geschickt?***

Auf Dauer kann ein Land wie Deutschland eine Anzahl von 800 000 Flüchtlingen im Jahr nicht aufnehmen und integrieren. Für eine Reduzierung der Asylbewerber ist es notwendig, Fluchtursachen stärker zu bekämpfen und endlich auf europäischer Ebene gemeinsam vorzugehen. Niemand in Europa soll glauben, dass Deutschland diese Aufgabe allein schultern wird. Schon jetzt wurden aus Deutschland insgesamt so viele Abschiebungen durchgeführt, wie 2014 insgesamt. Dies werden wir auch weiter fortsetzen. Berlin gehört im Vergleich bei den Bundesländern zu denjenigen, die auch wirklich abschieben. Wer übrigens nicht bleiben kann, soll künftig auch weniger Leistungen erhalten. Diesen Vorschlag von Bundesinnenminister de Maiziere finde ich konsequent. Die Unterscheidung nach Kriegsflüchtlingen und Wirtschaftsflüchtlingen ist Voraussetzung für eine breite Akzeptanz des Flüchtlingszuzugs, den wir gerade erleben.

***Die Masse der Flüchtlinge wird voraussichtlich lange bei uns bleiben.***

***Wie stellen Sie sich das Zusammenleben mit ihnen in Zukunft vor?***

Wer in dieses Land kommt, hat ein Recht darauf, anständig behandelt und respektiert zu werden. Das gilt auch andersrum. Alle müssen die Gesetze achten, auch Flüchtlinge. Besonders die lange erkämpften Grundfreiheiten in unserer Gesellschaft sind den zu uns kommenden Menschen zu vermitteln. Es bedarf unsererseits als Gesellschaft dazu Anstrengungen. Zivilgesellschaftliches Engagement darf sich nicht auf das Verteilen von Sachspenden und die Unterstützung bei Behörden-gängen beschränken. Neben unserer Sprache müssen auch unsere gesellschaftlichen Werte vermittelt werden. Hinzukommen muss allerdings auch die Bereitschaft der zu uns kommenden Menschen, sich in unsere Wertegemeinschaft zu integrieren.

***Im Internet wird zum Teil sehr heftig gegen Flüchtlinge gehetzt. Was tun Sie dagegen?***

Ich bin entsetzt von dieser Ekelpropaganda, die derzeit in einigen sozialen Medien



Senator Frank Henkel besucht eine syrische Flüchtlingsfamilie in einer Unterkunft in Marzahn-Hellersdorf.

zum Vorschein kommt. Wir müssen ein klares Stoppschild gegen so etwas setzen. Wer hetzt, soll auch Druck spüren. Niemand soll sich der Illusion hingeben, dass Hass-Postings folgenlos bleiben und man sich hinter einem Bildschirm verstecken kann. Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Ich sehe auch die Betreiber sozialer Netzwerke in der Verantwortung und appelliere an sie, noch entschiedener gegen Hasskommentare vorzugehen.

Senator Mario Czaja (li.) auf dem Richtfest der neuen Flüchtlingsunterkunft am Ostpreußendamm in Lichterfelde.



## Koordinierungsstab für schnelles und koordiniertes Handeln

Die Zahl der Flüchtlinge und Asyl suchenden in Deutschland steigt angesichts der Krisen weltweit dramatisch an. Laut Bundesminister Thomas de Maizière rechnet der Bund mit bis zu 800.000 Asylanträgen in diesem Jahr.

**Laut Königssteiner Schlüssel muss Berlin davon fünf Prozent aufnehmen, also bis zu 40.000 Personen. „Wir haben uns in Berlin auf den stark erhöhten Zugang schon längere Zeit vorbereitet und damit begonnen, neue Unterbringungs- und Betreuungsmöglichkeiten zu schaffen, um dem wachsenden Flüchtlingsstrom gerecht zu werden“, erklärt der zuständige Sozialsenator Mario Czaja (CDU).**

In Berlin habe sich die Zahl der Ankommenden im Vergleich zum Vorjahr vervielfacht. Nach Auskunft der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales hat die Hauptstadt dieses Jahr rund 18.500 neue Asylbewerber aufgenommen. Der neue vom Senat eingerichtete

Koordinierungsstab soll ein schnelleres und unbürokratischeres Handeln ermöglichen. Allein in den vergangenen zwei Wochen ist es unter Leitung von Sozialsenator Czaja gelungen, 2.800 zusätzliche Unterkunftsmöglichkeiten für die Flüchtlinge in unserer Stadt zu schaffen.

Angesichts der stark steigenden Flüchtlingszahlen hat Sozialsenator Czaja vorgeschlagen, die Erstaufnahme der Flüchtlinge auf mehrere Orte in der Stadt zu verteilen. „Unser Ziel ist es, drei dezentrale größere Einrichtungen zu schaffen“, kündigte Czaja an. Dafür geeignet seien leer stehende Gebäude wie die Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik in Reinickendorf und die ehemalige Lungenklinik Heckeshorn in Wannsee. In einem nicht mehr genutzten Behördengebäude in Karlshorst sind bereits hunderte Menschen untergekommen. „Außergewöhnliche Zeiten verlangen nach außergewöhnlichen Maßnahmen“, erklärt auch der Landesvorsitzende der CDU Berlin sowie Innen- und Sportsenator Frank Henkel, und dankte zugleich den zahlreichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern für deren Unterstützung bei der Versorgung der Flüchtlinge. Angesichts der Vielzahl der geflüchteten Menschen müsse es jetzt darum gehen, ganz pragmatische, unbürokratische und flexible Maßnahmen zu ergreifen, bekräftigt Henkel.

Der Berliner Sozialsenator Czaja wandte sich darüber hinaus mit der Forderung an den Bund, selbst Erstaufnahmeeinrichtungen zu betreiben. „Der Bund muss in die Erstaufnahme einsteigen“, sagte er. „Wir müssen dazu kommen, dass der Anspruch auf Asyl in den ersten drei Monaten während einer Unterbringung in einer Erstaufnahmeeinrichtung grundlegend geklärt wird“, so Czaja. So könne auch die Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern in die West-Balkanstaaten schneller erfolgen. „30 bis 40 Prozent der Flüchtlinge kommen heute aus diesen Ländern, die keine Anerkennung von politischem Asyl haben, aber während eines Verfahrens hier untergebracht werden müssen“, erklärt der Sozialsenator. „Wir haben im Moment einen großen Zuzug von Menschen aus Krisenregionen – vor allem aus Syrien. Und wir brauchen die Plätze für Menschen aus den wahren Krisenregionen dieser Welt.“ Bereits im vergangenen Herbst waren Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien als „sichere Herkunftsstaaten“ eingestuft worden, in denen keine politische Verfolgung droht. Ziel wares, die Asylverfahren für Antragsteller aus diesen Staaten abzukürzen. Nun fordert die Union, so auch mit Albanien, Montenegro und dem Kosovo zu verfahren.

## Wegner zur Gasnetz-Vergabe: „Teuren Rechtsstreit beenden“

**„Über ein Jahr ist sie alt, die Presseerklärung des Berliner CDU-Generalsekretärs Kai Wegner, und geradezu prophetisch obendrein. Anfang Juni 2014 hatte der CDU-Politiker erklärt, dass seine Partei noch viele Fragen habe, was die Vergabe der Gasnetzkonzession an das landeseigene Unternehmen Berlin Energie angehe, wie sie von Finanzsenator Nussbaum vorgeschlagen werde.“**

räumt werden, dass ein Berliner Traditionsunternehmen gegen einen reinen Fantasiebetrieb, der nur in Bewerbungsunterlagen existiert, gewissermaßen ausgespielt werden soll.“ Damals blieb die Kritik der CDU ungehört. Jetzt folgte die deutliche Schlappe der SPD-Politik vor



Gericht. Der Kartellsenat des Kammergerichts hatte in dem Rechtsstreit GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft u.a. gegen das Land Berlin verkündet, dass Berlin Energie bereits die Parteifähigkeit für Gerichtsverfahren fehle.

Dazu erklärte nun aktuell Kai Wegner: „Das Gericht hat klar und deutlich festgestellt, dass sich die SPD verreckt hat. Der unter dem Dach der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung angesiedelten „Berlin Energie“ wurde mit deutlichen Worten die Bieterfähigkeit und damit Ernsthaftigkeit abgesprochen.“ Das Vorgehen der Senatsverwaltungen für Finanzen und Stadtentwicklung bezeichnete Wegner als „Bluff auf Kosten der Steuerzahler und der Versorgungssicherheit“. Den früheren zuständigen Senatoren Nußbaum und Müller attestierte er, einen Scherbenhaufen hinterlassen zu haben. Wegner: „Jetzt sollten die Senatsverwaltungen den leidigen und teuren Rechtsstreit endlich beenden. Oberste Priorität muss die sichere und preisgünstige Versorgung der Berlinerinnen und Berliner sein, genauso wie die Beschäftigten endlich Sicherheit über die Zukunft ihres Unternehmens brauchen.“



Die Bewertungskriterien würden juristisch mit Skepsis betrachtet. Wegner damals weiter: „... der Verdacht (muss) ausge-



### IMPRESSUM

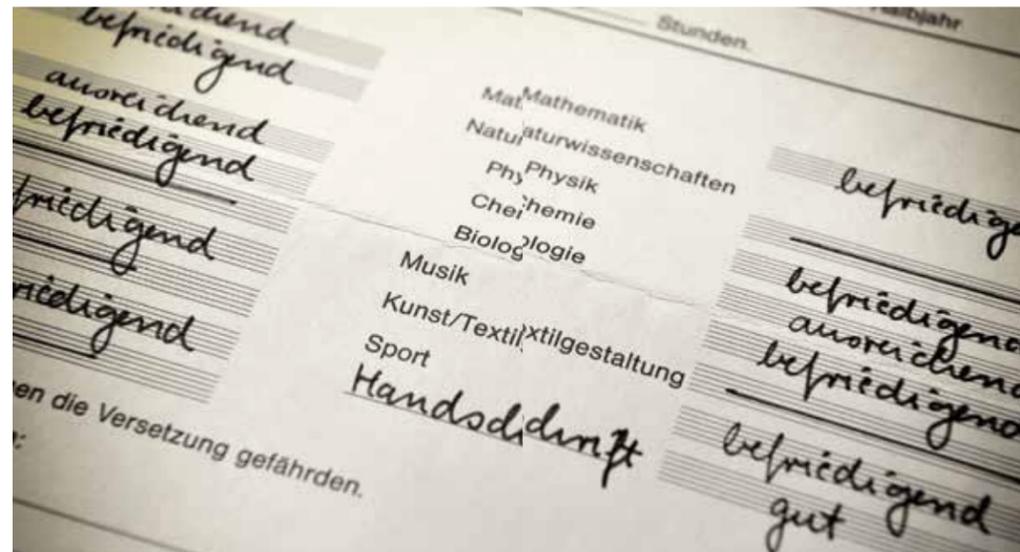
CDU-Landesverband Berlin Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin ,Tel.: 030 - 32 69 04 -0, Fax: 030 - 32 69 04 -44  
 REDAKTIONSLEITUNG Kai Wegner, Chefredakteur Dirk Reitze, REDAKTION Janine Pietsch, Johann von Diest; LAYOUTSATZ Stefan Liefänder, DRUCKEREI Vettters  
 Bildnachweis von oben links nach unten rechts: S.1: fotolia Karin\_UweAnnas, Dirk Reitze; S.2 fotolia@julia; S.3: CDU-Fraktion,Yves Sucksdorff; S.4/5: Dirk Reitze, privat; S.6: Christian Goiny; S.7: flickr@HerrOlsen, Grafik: Reitze; S.8/9: flickr@dirkvorderstrasse, flickr@blu-news-org; S.10: Bundestagsbüro (BTBü) Wegner, BTBü Grütters, BTBü Dr. Luczak, BTBü Dr. Steffel, S.11: BTBü Wellmann, BTBü Schwarzer, BTBü Dr. Pätzold, BTBü Dr. Lengsfeld, BTBü Gröhler; S.12/13: Jenna Dallwitz, privat; S.14: Sascha Groß, CDU Gropiusstadt, privat, S.15: privat; S.16: Dirk Reitze, Bundesarchiv: Bernd Settnik, KAS/ACDP 10-024:5057.  
 Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Erscheinungsweise: Erscheint einmal im Quartal.

# FORSA-Umfrage bestätigt: Berlin sagt „JA“ zu Schulnoten

Die übergroße Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner hält nichts von einer möglichen Abschaffung von Schulnoten. Das ist das Ergebnis einer aktuellen FORSA-Umfrage, die von der CDU Berlin anlässlich des Schulbeginns in der Hauptstadt in Auftrag gegeben wurde.

**Insgesamt sprachen sich 85 Prozent der über 1.000 Befragten dafür aus, dass es auch weiterhin Schulnoten in Berlin geben soll. 13 Prozent entschieden sich dagegen. Bei den über 60-jährigen Befragten fiel das Ergebnis sogar noch eindeutiger aus: In dieser Altersgruppe plädierten 90 Prozent für die Beibehaltung der Zensuren an den Berliner Schulen. Bei den unter 30-Jährigen waren es 87 Prozent, bei den 30- bis 40-Jährigen 83 Prozent und bei den 45- bis 59-Jährigen 82 Prozent.**

„Die aktuelle Forsa-Umfrage bestätigt eindrucksvoll, dass die CDU mit ihrem klaren Bekenntnis zur Beibehaltung der Schulnoten dem Willen der Eltern Rechnung trägt“, betont der Generalsekretär der Berliner CDU Kai



Wegner. „Den immer wieder laut werdenden Überlegungen von rot-grünen Landesregierungen nach Abschaffung der Schulnoten wurde von den Berlinerinnen und Berlinern eine klare Absage erteilt.“ Tatsächlich werden Schulnoten in vielen Teilen Deutschlands heute immer später vergeben. Gerade in Ländern, die von SPD und Grünen regiert werden, wurden in den vergangenen Jahren immer mehr und mehr Klassenstufen notenfrei: In Berlin und Hamburg entscheiden jeweils die Schulversammlungen, ob in der dritten und vierten Klasse Noten vergeben werden. Im rot-grün regierten Nordrhein-Westfalen werden sie bis zum vierten Jahr hinausgezögert, ebenso im SPD-regierten Hamburg. Im damals rot-rot-regierten Berlin wurde bereits im Schuljahr 2008/2009 von der von Jürgen Zöllner (SPD) geführten Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft in Berlin ein Pilotprojekt mit Gemeinschaftsschulen gestartet, an denen die Schülerinnen und

Schüler weitgehend keine Noten mehr bekommen.

„Verantwortungsvoll konzipierte und vergebene Schulnoten spiegeln nicht nur den Leistungsstand einer Schülerin oder eines Schülers anhand greifbarer und vergleichbarer Kriterien wider, sondern sind auch ein wichtiger Ansporn für gute schulische Leistungen“, erklärt Generalsekretär Kai Wegner. Ohne sie erhielten weder die Schülerinnen und Schüler selbst noch ihre Eltern verlässliche Rückmeldungen über die schulischen Leistungen.

Die Folgen der jahrelangen „unsäglichen Schulreformitis“ (so der Tagesspiegel vom 9. Januar 2015) der SPD-geführten Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft sind auch heute immer noch spürbar. Das Berliner Bildungsangebot belegt im aktuellen Ländervergleich des Instituts der Deutschen Wirtschaft (DIW) zum siebten Mal in Folge den letzten Platz. „Mit notenfreien Schulen

## KEINE BILDUNGSEXPERIMENTE AUF KOSTEN UNSERER KINDER!

### Hausaufgaben abschaffen

Die rot-grüne nordrhein-westfälische Landesregierung hat kürzlich sogar eine „Hausaufgaben-Bremse“ eingeführt. Diese schreibt vor, dass Schüler zuhause nicht mehr als 18,75 Minuten pro Fach und Woche arbeiten dürfen. Nur für die gymnasiale Oberstufe gibt es keine Begrenzung. Der Deutsche Lehrerverband befürchtet nun eine Absenkung des Lernniveaus. Die Absenkung der Hausaufgabenzeit geht außerdem zulasten der schwächeren Schüler,

denn gerade diese bräuchten ja die Übung des vermittelten Lehrstoffs.

### Sitzenbleiben abschaffen

Unter Rot-Rot wurde zum Schuljahr 2010/11 das Sitzenbleiben in den Berliner Sekundarschulen abgeschafft. Eine Klasse zu wiederholen ist seitdem nur noch auf freiwilliger Basis möglich. Dabei ergab eine Forsa-Umfrage im Jahr 2013, dass 85 Prozent der Schülerinnen und Schüler deutschlandweit gegen die Abschaffung des Sitzenbleibens waren, nur 14 Prozent stimmten dafür.

### Schreibschrift stirbt aus

Immer mehr Schüler in Deutschland lernen keine Schreibschrift mehr. Stattdessen wird ihnen eine neue Grundschrift beigebracht, die der Druckschrift ähnelt. Ziel dieser Lerntechnik soll sein, dass Kinder aus der Grundschrift eine individuelle persönliche Handschrift entwickeln. Nordrhein-Westfalen war 2003 das erste Land, in dem Grundschriften die Druckschrift einführen konnten.

### Schulnoten abschaffen

Immer wieder werden von rot-grünen Landesregierungen Forderungen nach der generellen Abschaffung von Schulnoten laut.

würde Berlin ein Dauerabonnement auf die rote Laterne im Bildungsvergleich abschließen“, urteilt Generalsekretär Wegner. In der Hauptstadt müsse es stattdessen eine ideologiefreie Bildungspolitik geben, die statt Experimenten die Kinder, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer in den Mittelpunkt stellt.

Mit der CDU in Regierungsverantwortung ist es bereits gelungen, die Bildungspolitik in Berlin wieder pragmatischer zu gestalten und bessere Lehr- und Lernbedingungen an den Berliner Schulen zu schaffen. So hat die Berliner Union das Ende der Früheinschulung durchgesetzt und dem Elternwillen endlich Rechnung getragen, der durch die von Jahr zu Jahr gestiegenen Rückstellungsanträge deutlich wurde.



Auch die Abschaffung des Zwangs zum jahrgangsübergreifenden Lernen (JüL) hat die CDU durchgesetzt. Seitdem haben sich weit über die Hälfte der Grundschuleingangsklassen von dieser unausgegorenen Reform verabschiedet. „Die CDU wird sich auch in Zukunft für eine unideologische und pragmatische Bildungspolitik stark machen“, betonte Wegner.

Tatsächlich werden Schulnoten heute immer später vergeben. Auch in Berlin gibt es seit 2008/2009 ein Pilotprojekt mit Gemeinschaftsschulen, an denen die Schülerinnen und Schüler weitgehend keine Zensuren mehr bekommen.

### Fehlerhafte Rechtschreibung

„Lesen durch Schreiben“ ist eine besonders weit verbreitete Lernmethode, bei der die Schüler lernen, nach Gehör zu schreiben. Erst später werden sie langsam an eine korrekte Rechtschreibung herangeführt. Vor allem Kinder mit Migrationshintergrund oder mit Dialekt-Einfärbung haben große Schwierigkeiten mit dieser Lernmethode.

## BILDUNG AUF DEN RICHTIGEN WEG GEBRACHT!

Mit der CDU in Regierungsverantwortung ist es gelungen, die Bildungspolitik in Berlin wieder pragmatischer zu gestalten und bessere Lehr- und Lernbedingungen an den Berliner Schulen zu schaffen.

### UNTERSTÜTZUNG FÜR FAMILIEN

Um Familien zu entlasten und kurze Schulwege zu ermöglichen, hat die CDU den Vorrang von Geschwister- und Bezirkskindern beim Übergang zur Oberschule eingeführt. Mit der Sicherstellung der Hortbetreuung in den Klassen 5 und 6 sowie dem weiteren Ganztagsausbau der Oberschulen erleichtert die CDU vielen Berliner Eltern die Organisation von Familie und Beruf. Auch die von der CDU geforderte Einführung eines Beratungsgesprächs beim Übergang in das Gymnasium ab einem Notendurchschnitt von 3,0 dient dazu, Eltern und Schüler bei der Schulwahl besser zu unterstützen.

### VERBESSERUNGEN FÜR LEHRERINNEN UND LEHRER

Auch für die Lehrkräfte gab es mit der CDU im Senat Verbesserungen z. B. in Form der (Wieder-)Einführung der Stundenreduktion für ältere Lehrkräfte, der Einstellung von Verwaltungsleitern und Hausmeisterassistenten, der Einführung eines Fortbildungstages und höheren Praxisanteilen in der Lehrerausbildung.

### SCHULSANIERUNG

Die CDU hat die Mittel des Schul- und Sportanlagenanierungsprogramms verdoppelt, ein Schul-toilettensanierungsprogramm aufgelegt und sich dafür eingesetzt, dass freiwerdende Bafög-Mittel und zusätzliche Investitionsmittel vorrangig in Schulsanierungen fließen. 2015/2016 wird eine Rekordsumme von über 250 Millionen Euro für Schulsanierungen bereitstehen.

### KEINE FRÜHEINSCHULUNG

Die CDU hat das Ende der Früheinschulung durchgesetzt. Damit wurde dem Elternwillen, der durch die von Jahr zu Jahr gestiegenen Rückstellungsanträge deutlich wurde, endlich Rechnung getragen.

### KEIN ZWANG ZUM JÜL

Auch die Abschaffung des Zwangs zum jahrgangsübergreifenden Lernen (JüL) hat die CDU durchgesetzt. Weit über die Hälfte der Grundschuleingangsklassen haben sich seither von dieser unausgegorenen Reform verabschiedet.

# Ihre Berliner Abgeordneten aus dem Deutschen Bundestag

## KAI WEGNER FÜR SCHNELLERE ASYLVERFAHREN

„Es ist von herausragender Bedeutung, die Asylverfahren zu beschleunigen“, erklärte



Kai Wegner nach einem Gespräch mit dem Leiter der Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Spandau. „Menschen aus den Balkanstaaten, die aus asylfremden Gründen zu uns kommen, sollten noch aus den Erstaufnahmeeinrichtungen in ihre Heimat zurückkehren“, so Wegner. Für Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive hingegen müssten Integrationskurse und Programme zum Spracherwerb weiter ausgebaut werden.

## MONIKA GRÜTTERS BEGRÜSST BESUCHER IM BUNDESTAG

Im Juli freute sich Monika Grütters eine Besuchergruppe aus ihrem Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf im Deutschen Bundestag begrüßen zu können. Im gemeinsamen Gespräch berichtete Monika Grütters von ihren Aufgaben als Bundestagsabgeordnete und von ihrer Tätigkeit als Staatsministerin.



In der Fragerunde interessierten die Gäste sich besonders für europapolitische Themen. Nach der Begegnung mit der Abgeordneten wurden den Besuchern bei einer Führung durch den Deutschen Bundestag die Arbeitsweise und Zusammensetzung des Parlaments sowie die Geschichte und Architektur des Reichstagsgebäudes erläutert.

## KORRUPTION IM GESUNDHEITSWESEN KÜNFTIG STRAFBAR

Die Koalition schließt eine Gesetzeslücke im Interesse von Patienten. Eine Gesetzesänderung soll Korruption im Gesundheitswesen



das Vertrauensverhältnis zwischen Patienten, Ärzten und allen in den Heilberufen

künftig unter Strafe stellen. Die Regierungskoalition will damit eine Strafbarkeitslücke schließen. „Wir setzen einen Rechtsrahmen für einen fairen Wettbewerb und schützen

Tätigen“, sagt der stellvertretende Vorsitzende des Rechtsausschusses Dr. Jan-Marco Luczak. Ein Patient müsse sich darauf verlassen können, dass die Verordnung eines Medikaments oder die Empfehlung eines Krankenhauses allein aus medizinischen Gründen erfolge. „Irgendwelche Vorteile dürfen dabei keine Rolle spielen“, so Luczak.

## „KINDER FIT MACHEN FÜR DEN STRASSENVERKEHR“

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Frank Steffel besuchte die Jugendverkehrsschule Reinickendorf, Aroser Allee und lernte dabei ein sinnvolles Bildungs- und Freizeitangebot kennen. Rund 16 000 Kinder kommen pro Jahr in die beiden Verkehrsschulen im Bezirk Reinickendorf. Frank Steffel, der selbst schon als Kind auf dieser Anlage war, sagte: „Es ist



schön zu sehen, mit wie viel Begeisterung die Kinder auch heute noch hier spielend den Umgang mit Verkehrsregeln lernen und üben. Es ist besonders in einer Großstadt wie Berlin wichtig, dass Kinder in einer sicheren Umgebung fit für den Straßenverkehr gemacht werden.“

## WELLMANN BEIM „TAG DER KLEINEN FORSCHER“

Auch dieses Jahr unterstützte Karl-Georg Wellmann, MdB, die Aktion „Tag der kleinen Forscher“: Dazu besuchte er im Juni die Kindertagesstätte „Vom Guten Hirten“ in Steglitz. Mit diesem Aktionstag feiert die größte deutsche Initiative für frühkindliche und (vor-)schulische MINT-Bildung jedes Jahr den Höhepunkt des Forscherjahres. Im Sommer waren Kindergärten, Horte und Grundschulen in ganz Deutschland dazu aufgerufen, mit Mädchen und Jungen auf Entdeckungsreise durch den Alltag zu gehen. 15 kleine



Forscher und Wellmann gingen der Frage nach: Kann Wasser auch tragen?

## FAHRRADHELME FÜR SCHÜLER

Unter dem Hashtag #dankhelm hat Christina Schwarzer, MdB ein Foto von der Verkehrssicherheitskampagne „Runter vom Gas“ getwittert und ihre ehemalige Grundschule, die Evangelische Grundschule Neukölln, für einen eventuellen Gewinn von 30 Fahrradhelmen



nominiert. Und tatsächlich! dreißig Fahrradhelme wurden gewonnen - ganz zur Freude der Schüler des Hortes und der 4. Klasse. Nach der Übergabe der Helme können somit ab sofort viele Schüler sicher mit dem Fahrrad und mit Inlinern unterwegs sein!

## DR. MARTIN PÄTZOLD AUF DIALOGTOUR

Zu Beginn der parlamentarischen Sommerferien besuchte der Bundestagsabgeordnete Dr. Martin Pätzold wieder über 60 Lichtenberger Unternehmen und Einrichtungen. Dabei kam er mit den verschiedenen Akteuren ins Gespräch und arbeitete unter anderem bei Selgros Cash & Carry zusammen mit dem Geschäftsführer Henrik Walther an der Kasse. Am 9. August löste er das Verspre-



chen, den Erlös zu spenden, ein und übergab die von ihm erwirtschafteten 250€ an den Malteser Palliativ- und Hospizdienst, welcher sich motiviert durch christliche Nächstenliebe in Berlin-Karlsdorf engagiert.

## PHILIPP LENGSFELD: GALERIETOUR IN MITTE

Zu Beginn der parlamentarischen Sommerpause besuchte Dr. Philipp Lengsfeld Kunstgalerien in Berlin Mitte. Hier hat sich an verschiedenen Standorten eine vielfältige und sehr lebendige Szene entwickelt, die sowohl wirtschaftlich wie kulturell ein großer Gewinn für die Stadt ist. Schließlich verkaufen die Galerien nicht nur Kunst - sie sind auch kostenlose Museen im Kleinformat. Im persönlichen Gespräch mit Galeristen und Künstlern verschaffte sich Philipp Lengsfeld



ein umfassendes Bild über ihre Arbeit.

## DER BUNDESTAG IN CHARLOTTENBURG

Pünktlich zur Halbzeit der Wahlperiode hat Klaus-Dieter Gröhler am 28. August sein zweites Bürgerbüro, das Café Wahlkreis in



der Fredericiastr. 9a in Westend eröffnet. Das Café ist Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger, die sich informieren oder ihre Sorgen und Fragen adressieren wollen, aber auch Veranstaltungsort und Ausstellungsraum für Künstlerinnen und Künstler. Die Öffnungszeiten sind Mi.-Fr. von 14 bis 18 Uhr und Sa.-So. von 12 bis 18 Uhr. Fast 200 Gäste haben bei der Eröffnung mitgefeiert; darunter zahlreiche Nachbarn.

## Kontakt zu den Bundestagsabgeordneten der Berliner CDU:

Vorname der/des Abgeordneten.Nachname der/des Abgeordneten@bundestag.de - z. B. kai.wegner@bundestag.de

„Der Deutsche Bundestag verhandelt öffentlich“, heißt es in Artikel 42 des Grundgesetzes. Doch nur wenige Menschen können im Plenarsaal dabei sein, wenn die Abgeordneten tagen. Daher hat der Deutsche Bundestag ein zusätzliches Informationsmedium geschaffen: das Parlamentsfernsehen, welches über Satellit empfangen werden kann. Die Debatten werden auch live im Internet auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) übertragen. Die Mediathek unter [www.bundestag.de/mediathek](http://www.bundestag.de/mediathek) bietet außerdem eine Vielzahl an Videobeiträgen. Gezeigt werden alle Plenardebatten, öffentlichen Ausschusssitzungen und Anhörungen unkommentiert und in voller Länge.

# Starke Beteiligung bei CDU-Mitgliederumfrage

Zur Frage, ob auch gleichgeschlechtliche Paare die Ehe eingehen können, hat die CDU Berlin im Juli 2015 ihre Mitglieder befragt.

**Der Landesvorstand wollte ein möglichst differenziertes Meinungsbild aus der Partei erhalten und damit gleichzeitig eine offene und sachliche Debatte zum Thema führen. Ausgelöst wurde die in der deutschen Öffentlichkeit teils heftig geführte Debatte durch den Ausgang eines Referendums in Irland, in dem sich die Iren Mitte Mai deutlich für die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare ausgesprochen haben. In der Folge wurden auch in Deutschland Stimmen laut, die rechtlich und steuerlich der Ehe schon weitgehend gleichgestellte eingetragene Lebenspartnerschaft auch vom Namen der Ehe völlig gleichzustellen und damit alle noch bestehenden Unterschiede abzuschaffen.**



Auch innerhalb der CDU Berlin gab es Befürworter und Kritiker der Gleichstellung, die sich zu Wort meldeten. In dieser Situation beschloss der Landesvorstand der CDU Berlin mit einer Gegenstimme bei einer Enthaltung die Durchführung einer Mitgliederbefragung gemäß § 6a der Satzung der CDU Berlin. Zur Organisation wurde eine elfköpfige Befragungskommission aus Befürwortern und Kritikern einer Öffnung der Ehe eingesetzt. Die Kommis-

sion erstellte die Befragungsunterlagen, die den Mitgliedern per Post zugesandt wurden. Neben der Befragungskarte informierte ein Beiheft über den Ablauf der Befragung und lieferte eine pro und kontra Argumentation. Auf einer beiliegenden Meinungskarte hatten die CDU-Mitglieder die Möglichkeit, ihre Entscheidung zu begründen und weiterführende Anmerkungen zum Thema zu machen.

Zahlreiche Diskussionsveranstaltungen der Orts- und Kreisverbände dienten den Mitgliedern zur Meinungsbildung. Zudem hatten engagierte Parteimitglieder einen offenen Brief und ein Informationsfaltblatt erstellt, um für ihre jeweilige Position zu werben. Bis zur Auszählung am 24. Juli waren 4.800 Antworten beim Notariat des Landesjustitiars der CDU Berlin eingegangen. Damit hatten sich knapp 40 Prozent der Berliner Parteimitglieder an der Umfrage beteiligt. Zum Vergleich: An der Mitgliederumfrage der CDU Niedersachsen in 2014 beteiligten sich knapp zehn Prozent. Unter großem Presseandrang verkündeten der Landesvorsitzende der CDU Berlin Frank Henkel und Generalsekretär Kai Wegner am Nachmittag das Ergebnis. 45 Prozent der Befragten sprachen sich für die Beibehaltung des Status quo aus, 35 Prozent für die Öffnung der Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare. Besonders aufschlussreich ist die Aufschlüsselung des Ergebnisses nach Altersgruppen. So sprach sich in den Altersgruppen von 16 bis 44 Jahren eine deutliche Mehrheit für die Öffnung der Ehe aus. Bei den 45- bis 59-Jährigen hielten sich beide Gruppen die Waage, während es bei den über 60-Jährigen eine deutliche Mehrheit gegen die Öffnung der Ehe gibt. Das Gesamtergebnis war damit auch geprägt von der Altersstruktur der Partei, in der es im Vergleich zur Bevölkerung überproportional viele ältere Mitglieder gibt.

Die Mitgliederbefragung hat gezeigt, dass beide Positionen eine politische Heimat in der CDU haben, wobei sich eine knappe Mehrheit für die Beibehaltung des Status quo ausgesprochen hat. Die trotz der Emotionalität des Themas sehr sachliche Diskussion hat die gute Debattenkultur innerhalb der Berliner CDU offenbart. Ein Gewinn für die Partei, wie der Generalsekretär Kai Wegner feststellte, der sich auch an den Mitgliederzahlen festmachen lässt. Der Blick in die Mitgliederverwaltung zeigt, dass im Zeitraum rund um die Mitgliederbefragung vom 1. Juni bis zum 31. August 2015 insgesamt 256 Berlinerinnen und Berliner neu in die CDU eingetreten sind. Im Vergleich zum selben Zeitraum 2014 sind dies hundert Neumitglieder zusätzlich.

## SAUBERES TEGEL -BSR STELLT MEHR MÜLLEIMER AUF

Das ist das Ergebnis der Mitmach-Kampagne des Tegeler CDU-Abgeordneten Tim-Christopher Zeelen. Über 10.000 Tegeler Haushalte hatten per Postkarte die Möglichkeit, neue Standorte für Mülleimer zu benennen. Viele Tegeler haben sich an der Aktion beteiligt. „Ich freue mich über dieses Ergebnis, weil es zeigt, dass man gemeinsam viel erreichen kann“, so Zeelen. „Dank der starken Beteili-



gung wird unser Orts- teil noch ein Stück sauberer.“ Über ein Dutzend neue Standorte ergänzen

die 264 bestehenden BSR Mülleimer im Orts- teil Tegel. So werden beispielsweise vor der Kita im Medebacher Weg und vor dem Humboldt-Gymnasium neue Mülleimer installiert. Auch entlang der Berliner Straße gibt es nun zusätzliche Standorte.

## SOZIALSENATOR LOBT SCHÜLERENGAGEMENT

Sechs Schülerinnen, die sich neben der Schule sozial im UNIONHILFSWERK engagieren, wurde im Berliner Rathaus von Sozialsenator Mario Czaja der Berliner SchülerfreiwilligenPass verliehen. »Ich freue mich sehr, dass sich in Berlin auch immer mehr junge



Menschen freiwillig engagieren. Mit dieser Arbeit leisten sie nicht nur einen wertvollen Dienst für andere, sondern gewinnen auch neue Erfahrungen und Kenntnisse, die sie in der Entwicklung ihrer eigenen Persönlichkeit weiterbringen«, so Czaja. Vier der Geehrten kommen über das von der Stiftung Berliner Sparkasse geförderte Projekt »BOSSE – Berliner Oberschüler sind sozial engagiert« zu ihrem sozialen Engagement. Insgesamt wur-

# Die Union vor Ort in Ihrem Bezirk

den 143 Schüler im Rahmen einer feierlichen Ehrung Anfang Juli ausgezeichnet. Auf dem Bild zu sehen: Ausgezeichnete Schülerinnen mit Staatssekretär Dirk Gerstle (li.) und Senator Mario Czaja (re.)

## LICHTENRADER GRUNDSCHÜLER GEWINNEN FAHRRADHELME

- Twitter-Foto von Jan-Marco Luczak gewinnt bei Wettbewerb - Über bunte Fahrradhelme des Bundesverkehrsministeriums freuten sich in diesem Sommer die Kinder der Taunus-Grundschule in Lichtenrade. Bei einem Besuch vor Ort verteilte der Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordnete Dr. Jan-Marco Luczak die blau-gelben Exemplare. Luczak hatte mit Schulleiterin Regina Dange und den Leh-



rern Katrin Dörfel und Lars Antoch bei einer Foto-Aktion des Ministeriums mitgemacht, damals die 3. Klasse vorgeschlagen und gewonnen. Mit der Aktion „Die Saga geht weiter - Dank Helm“ wirbt das Ministerium für das Tragen von Helmen für mehr Sicherheit im Straßenverkehr.

## ERSTES KIEZFEST IM MÜHLENKIEZ

Der CDU Ortsverband Greifswalder Straße legte diesen Sommer den Grundstein für



eine neue Tradition und feierte mit Anwohnern, Mitgliedern und Gästen sein erstes Kiezfest. Kühle Getränke, Leckeres vom Grill und viele Überraschungen für Groß und Klein lockten zahlreiche Gäste an. Auch die Sonne ließ sich blicken. Alles in allem ein gelungenes Fest, das im nächsten Jahr eine Fortsetzung finden wird.

## GROSSER ANDRANG BEI DER „HAVELNIGHT“ DER CDU HEILIGENSEE

Bei bestem Sommerwetter startete die „1. Havelnight der CDU Heiligensee“ in Tege- lort. Rund 50 aktive Mitglieder und viele



Interessenten verbrachten im Garten von Gastgeber Norbert Eyck einen kurzweiligen Abend am Wasser. Geboten wurden neben guten Gesprächen Leckeres vom Grillbuffet und exotische Cocktails. Auch der Bundestagsabgeordnete Frank Steffel, Baustadtrat Martin Lambert und Bildungsstadträtin Katrin Schultze-Berndt weilten unter den Gästen. „Es war ein schöner Abend zum besseren Kennenlernen unserer Mitglieder von Jung bis Alt - Wir sind ein motiviertes Team und sind bestens für den Landtagswahlkampf 2016 gerüstet!“, resümierte Ortsvorsitzender Stephan Schmidt. Auf dem Foto v.l.n.r.: Dr. Frank Steffel MdB, Ortsvorsitzender und BVV-Fraktionschef Stephan Schmidt, Dr. Manuel Heide MdB, Baustadtrat Martin Lambert.

## DANK EINES SYRERS

Efram Tozman, Vorstand der Syrischen Gemeinde am Mierendorffplatz in Charlotten- bunnord und erfolgreicher Unternehmer, sagte Dank für die gute Integration seiner

Familie. In Anspielung auf die Speisung der 4000 im Neuen Testament lud er 150 Obdachlose in die City-Station der Berliner Stadtmission zu kostenlosem Essen und



Trinken ein. Diese Aktion soll in den nächsten Jahren fortgesetzt werden. Mit dabei waren die BVV-Vorsteherin von Charlottenburg-Wilmersdorf, Judith Stückler, und der CDU-Abgeordnete Joachim Krüger, die seit langem in engem Kontakt zu Efram Tozman und seiner Familie stehen.

## CDU BÜRGERFEST IN NEU-HOHENSCHÖNHAUSEN

Im September fand bei toller Stimmung das fünfte CDU-Bürgerfest in Neu-Hohenschönhausen statt, bei dem über 700 Gäste



„30 Jahre Hohenschönhausen“ gebührend feierten. Mit dabei waren die Abgeordneten Danny Freymark und Dr. Martin Pätzold sowie der Bezirksstadtrat Wilfried Nünthel. Neben Musik, Tanzeinlagen und vielen Aktionsständen gab es auch eine Tombola, deren Hauptgewinn ein Smart E-Bike von REWE im Wert von 2.000 Euro war. Der Erlös wurde an den Förderverein der Matibi-Schule e.V. gespendet.

## GEDENKEN ZUM 54. TAG DES MAUERBAUS

Am 13. August 2015 jährte sich der Tag des Mauerbaus zum 54. Mal. Traditionell fand die gemeinsame Gedenkveranstaltung der Kreisverbände Reinickendorf und Pankow am Gedenkkreuz für Horst Frank statt. In einer



bewegenden Rede mahnte Rainer Eppelmann, Minister a.D., die jeweils eigenen Erinnerungen und Erfahrungen an das totalitäre Regime weiterzugeben. Vor allem die junge Generation müsse erfahren, wie wichtig es ist, das Gut Demokratie stetig zu verteidigen.

## SOMMERFEST IN FRIEDRICHSHAIN

Anfang September lud der Berliner Abgeordnete Kurt Wansner zum Sommerfest ein, dieses Jahr zum 1. Mal in sein Bürgerbüro in Friedrichshain. Dort wurde mit vielen Gästen, u.a. dem Bundestagsmitglied Dr. Philipp Lengsfeld, dem Ortsvorsitzenden von Kreuzberg Timur Husein sowie dem Fraktionsvorsitzenden in der BVV Friedrichshain-Kreuzberg Götz Müller, bei kalten Getränken und



leckerem Essen über die politische Lage im Bezirk diskutiert. Besonders erfreulich war, dass viele Anwohner die Gelegenheit nutzten und das Gespräch mit den anwesenden Politikern suchten.

## „GEMEINSAM IN DIE ZUKUNFT“

Der Berliner Abgeordnete Joachim Krüger war zu Gast bei Ibrahim Ali-Khan im „Multikulturellen Jugend Integrationszentrum“ in Charlottenburg. Krüger informierte sich über die



aktuellen Projekte und sehr gelungene und gut dokumentierte Öffentlich-

keitsarbeit. Der Abgeordnete sagte zu, das Zentrum, das seine Arbeit für Jugendliche mit multikulturellem Hintergrund unter dem Motto „Gemeinsam in die Zukunft“ leistet, auch künftig nach Kräften zu unterstützen. Zugleich lud er den Vorsitzenden und seine Mitarbeiter zum Ehrenamtsempfang der CDU-Fraktion ins Berliner Abgeordnetenhaus ein.

## BEZAHLBARES WOHNEN - LEBENSWERTES BERLIN!

Zu den fünf drängendsten Problemen zählen die Menschen in Berlin bezahlbares Wohnen. Deshalb hat die CDU-geführte Bundesregierung die Mietpreisbremse eingeführt. Dazu diskutierte die CDU Gropiusstadt mit dem Bundestagsabgeordneten Dr. Jan-Marco Luczak (re.). In Auseinandersetzung mit dem Bundesjustizminister hat er sich als zuständi-



ger Fachmann dafür stark gemacht, dass die Mietpreisbremse nicht zur

Investitionsbremse auf dem Wohnungsmarkt wird. Dass zum bezahlbaren Wohnen aber auch der Eigentumserwerb und der Wohnungsbau in Berlin gehört, stellte der Gropiusstädter CDU-Vorsitzende Christopher Kroll (li.) klar.

## „CDU UND DIE FRAUEN IN DER GROSSSTADT“

Im September diskutierten die Parl. Staatssekretärin und Stellv. Bundesvorsitzende der Frauen Union, Annette Widmann-Mauz (MdB), der Generalsekretär der CDU Berlin, Kai Wegner (MdB), gleichzeitig Großstadtbeauftragter der CDU und die Landesvorsit-



zende der Frauen-Union Berlin, Edeltraut Töpfer, Moderation Dr. C. Budde-Hermann (Vorsitzende der Altstipendiatinnen der KAS)

über das Thema „CDU und die Frauen in einer Großstadt“. Dabei wurden zahlreiche Möglichkeiten aufgezeigt, die CDU noch attraktiver für Frauen in einer Großstadt zu machen.

## BMW WERKS BESICHTIGUNG DER MIT SPANDAU

Die MIT Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung und die CDA Spandau waren zu einer After-Work-Führung im BMW Motorradwerk in Spandau. Alle Teilnehmer waren beeindruckt, wie mit höchster Präzision ein Motor und die weiteren Teile hergestellt werden und dann Motorräder aus bester Wertarbeit entstehen, die in die ganze Welt verkauft



werden. Das BMW Werk Berlin ist das Stammwerk der Motorradsparte von BMW und in Berlin in Spandau ansässig. Mit ca. 1900 Mitarbeitern zählt es zu den großen Arbeitgebern der Stadt. BMW beabsichtigt, in den kommenden Jahren mehr als 100 Millionen Euro zu investieren und das Motorradwerk weiter auszubauen. Die MIT Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU sieht

das als wichtiges Signal für Spandau und Berlin, aber auch für andere Betriebe.

## CHRISTINE LIEBERKNECHT KOMMT ZUM „47. TEGELER GESPRÄCH“

Am 25.09.2015 um 19 Uhr kommt die Ministerpräsidentin a. D. Christine Lieberknecht nach Tegel. Sie wird Ehrengast beim Herbstvergügen der CDU Tegel sein. Im Rahmen dieser Veranstaltung beim VFL TEGEL wird „Das Flotte Duo“ Schlager der 50er und 60er Jahre singen. Frau Lieberknecht war von 2009 bis 2014 Ministerpräsidentin in Thüringen. Die ehemalige Pastorin wird sicherlich auch auf das Thema Flüchtlinge in ihrer Rede eingehen.

## DIE CDU IN DEN BERLINER BEZIRKEN

**Reinickendorf**  
Oraniendamm 6-10, Aufgang D, 13469 Berlin,  
Tel.: 496 12 46, Fax : 496 30 53,  
Email: info@cdu-reinickendorf.de  
www.cdu-reinickendorf.de

**Mitte**  
Levetzowstr. 10, 10555 Berlin  
Tel.: 395 27 80, Fax: 3903 4144  
kreisgeschaeftsstelle@cdumitte.de  
Internet: www.cdumitte.de

**Pankow**  
Berliner Straße 38, 13189 Berlin  
Tel.: 428 74 81, Fax: 428 06 377  
Email: kgs@cdupankow.de  
Internet: www.cdupankow.de

**Lichtenberg**  
Normannenstr. 1-2, 10367 Berlin  
Tel.: 9760 1933, Fax: 9760 1928  
Email: post@cdu-lichtenberg.de  
Internet: www.cdu-lichtenberg.de

**Spandau**  
Hoher Steinweg 4, 13597 Berlin  
Tel.: 333 11 33, Fax: 333 95 23  
Email: info@cdu-spandau.de  
Internet: www.cdu-spandau.de

**Wuhletal (Marzahn-Hellersdorf)**  
Fritz-Reuter-Str. 11, 12623 Berlin  
Tel.: 566 974 54, Fax: 566 974 55  
Email: info@cduwuhletal.de  
Internet: www.cduwuhletal.de

**Charlottenburg-Wilmersdorf**  
Rathaus Charlottenburg, Raum 229,  
Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin  
Tel.: 341 35 34, Fax: 341 02 50  
Email: info@city-cdu.de  
Internet: www.city-cdu.de

**Treptow-Köpenick**  
Dörpfeldstr. 51, 12489 Berlin  
Tel.: 6397 9871, Fax: 6397 9872  
Email: cdu-kv-tk@arcor.de  
Internet: www.cdu-treptow-koepenick.de

**Steglitz-Zehlendorf**  
Clayallee 349, 14169 Berlin  
Tel.: 801 094 10, Fax: 801 094 119  
Email: kontakt@cdusz.de  
Internet: www.cdusz.de

**Tempelhof-Schöneberg**  
Tempelhofer Damm 158/160, 12099 Berlin  
Tel.: 751 33 88, Fax: 752 22 74  
Email: info@cdu-ts.de  
Internet: www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de

**Neukölln**  
Donaustr. 100, 12043 Berlin  
Tel.: 687 22 99, Fax: 688 09 747  
Email: info@cdu-neukoelln.de  
Internet: www.cdu-neukoelln.de

**Friedrichshain-Kreuzberg**  
Markgrafenstraße 87, 10969 Berlin  
Tel.: 2529 9580, Fax: 2529 9582  
Email: info@cdu-friedrichshain-kreuzberg.de  
Internet: www.cdu-friedrichshain-kreuzberg.de

## Das Zitat zum Schluss

„Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen ...“  
(Beginn der Präambel des Grundgesetzes)



# „Wir sind ein Volk“ 25 Jahre Deutsche Einheit

Vor 25 Jahren entstand das heutige Deutschland. Knapp ein weiteres Jahr zuvor überschlugen sich die Ereignisse nach dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989.

**Aus dem Ruf der Demonstranten „Wir sind das Volk“ wurde schnell „Wir sind ein Volk“. Die Bevölkerung in Ost und West wollte die Wiedervereinigung und die verantwortlichen Politiker unter Bundeskanzler Helmut Kohl ergriffen die historische Chance. Was noch wenige Monate zuvor unmöglich schien, geriet in greifbare Nähe, doch für die Wiedervereinigung zweier inzwischen so unterschiedlicher Landesteile mit unterschiedlichen Staats- und Rechtssystemen existierten keine Vorbilder.**

Grundlage und Verhandlungspartner musste eine demokratisch legitimierte Regierung in der DDR sein. Aus den ersten freien Volkskammer-Wahlen in der DDR am 18. März 1990 ging dann die CDU, die sich klar für die schnelle Wiedervereinigung ausgesprochen

Wolfgang Schäuble und Günther Krause bei der Unterzeichnung des Einigungsvertrages am 31. August 1990



hatte, mit über 40 Prozent der Stimmen als Sieger hervor. Lothar de Maizière (CDU) wurde zum Ministerpräsidenten der DDR gewählt.

Mit der Aufgabe, einen Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR auszuhandeln, wurde als Verhandlungsführer der Bundesminister des Innern Dr. Wolfgang Schäuble (CDU) und der Staatssekretär beim Ministerpräsidenten der DDR Günther Krause (CDU) beauftragt. In wenigen Monaten handelten sie den Einigungsvertrag aus, der den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik regelt. Mit ihm wurde auf 800 Seiten ein rechtlicher Rahmen geschaffen, um alle staatlichen Regelungen und Einrichtungen in zwei grundverschiedenen Staaten anzugleichen oder aufzuheben.

Gleichzeitig zu den Verhandlungen zum Einigungsvertrag fanden die Zwei-Plus-Vier-Gespräche statt. Nach der bedingungslosen Kapitulation, die den Zweiten Weltkrieg beendete, hatte es keinen Friedensvertrag mit Deutschland gegeben. Auch nach Gründung der beiden deutschen Staaten im Jahr 1949 hatten sich die vier Siegermächte – USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion – weitreichende Rechte eingeräumt. Die deutsche Einigung konnte nur mit Einverständnis der vier Siegermächte erfolgen, bei denen es zum Teil noch große Vorbehalte gab.

Mitte September 1990 wurde in Moskau der „Zwei-Plus-Vier-Vertrag“ unterzeichnet. Die Siegermächte machten damit den Weg frei



für die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten und setzen einen Schlusspunkt unter die europäische Nachkriegsgeschichte. Eine Woche später stimmten Bundestag und Volkskammer dem Einigungsvertrag zu. Am 3. Oktober 1990 trat die DDR dem Geltungsbereich des Grundgesetzes bei, damit wurde der 3. Oktober als Tag der Deutschen Einheit zum Nationalfeiertag.

Mit der Deutschen Einheit wurde der Wortlaut der Präambel, der Einleitung, des Grundgesetzes neu gefasst, denn das Ziel der Einheit Deutschlands – das die Präambel ursprünglich forderte – war nun erreicht: „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben. Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.“